

Bürgerforum Dinklage
Grünen Dinklage
SPD Dinklage

Stadt Dinklage
z. Hd. Herrn Bürgermeister Carl Heinz Putthoff
Am Markt 1
49413 Dinklage

Antrag nach § 56 NKomVG

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Putthoff,

die BFD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die SPD-Fraktion beantragen gemeinsam,

- 1. Die Verwaltung wird mit der Errichtung eines funktionalen, modernen Verwaltungsgebäudes in zentrumsnaher Lage, das einen Mehrwert für die Dinklager Bevölkerung schafft und den Mitarbeitenden der Verwaltung zukunftssichere und effiziente Arbeitsplätze garantiert, beauftragt.**
- 2. Bei der Projektierung dieses Bauvorhabens sind die zunehmende Digitalisierung verwaltungstechnischer Arbeitsabläufe und Prozesse sowie die Möglichkeit, im Home Office zu arbeiten, zu berücksichtigen.**
- 3. Fördermittel sind von der Verwaltung einzuwerben.**

Begründung:

Unsere drei Fraktionen haben sich zusammengeschlossen, um die nunmehr seit 1986 laufende Diskussion zur Unterbringung der Dinklager Stadtverwaltung zu beantworten.

Die derzeit 35 Mitarbeiter der Dinklager Stadtverwaltung, die momentan ineffizient an drei veralteten Standorten untergebracht sind, verdienen nach unserer Ansicht effiziente, gesunde und zukunftsfähige Arbeitsbedingungen, um der Vielzahl der Aufgaben gerecht zu werden.

Wir haben uns daher in Vorbereitung auf unseren gemeinsamen Antrag von fachlicher Seite aus beraten lassen und sind zuversichtlich in den kommenden Jahren einen Neubau des Dinklager Rathauses zu vertretbaren Kosten realisieren zu können.

Dinklage hat seine Schulden von ehemals 15 Millionen (2009) auf 6,3 Millionen (2022) senken können. Die eingeholten Experteneinschätzungen verdeutlichten uns, dass ein Neubau für 2.500,00 Euro bis 3.000,00 Euro pro Quadratmeter Wohn-/Nutzfläche möglich ist.

Eine digitale Büroorganisation ist ohnehin längst überfällig und würde dem Projekt ebenfalls zugutekommen.

Ein möglicher Erlös der Außenstelle an der Rombergstraße würde dem Haushalt ebenfalls zusätzlich positiv zufließen. Auch wäre eine teure Containerlösung für die Zeit einer bisher beabsichtigten höchstwahrscheinlich mehrjährigen Kernsanierung der Außenstelle nicht notwendig.

Mit einer Sanierung also dem Rückbau bis auf den Rohbau, sind ohnehin in der Regel kosten- und zeiträchtige „Überraschungen“ verbunden (Siehe: Sanierung Altes Rathauses in Vechta).

Nur ein Neubau ermöglicht langfristig die Bündelung der Verwaltung an einem Standort und bietet falls notwendig Erweiterungsmöglichkeiten für die kommenden Jahrzehnte.

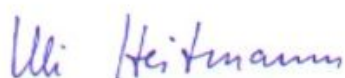
Nur ein Neubau kann bedarfsgerecht für die Verwaltung nach den aktuellen rechtlichen Anforderungen und nach den Vorstellungen der Entscheidungsträger ausgestaltet werden und entspricht den neuesten technischen wie energetischen Standards.

Die Schwierigkeiten im Ablauf der verwaltungsinternen Kommunikation, die bisherigen Unübersichtlichkeiten für die Bürger und die fehlende Barrierefreiheit würden der Geschichte angehören.

Die für dieses Jahr anstehende Renovierung des historischen Rathauses, ein geplantes Ärztehaus in der Dinklager Innenstadt, die Bauplatzsuche der St. Anna Stiftung, sowie der allgemeine Flächenmangel machen die Dringlichkeit unseres Antrags und eine generelle Strategie der Politik in der seit fast 40 Jahren andauernden Rathausfrage umso deutlicher.

Der Grundstein einer Richtungsentscheidung muss jetzt gelegt werden, bevor geeignete Flächen anderen Projekten zugutekommen und dann nicht mehr zur Verfügung stehen.

Mit freundlichen Grüßen



Ulrich Heitmann, Fraktionsvorsitzender des Bürgerforums Dinklage

Henning Hilgefort, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender des Bürgerforums Dinklage

Claudia Bausen, Stellvertretende JFSI-Vorsitzende (2. Hälfte Wahlperiode)

Steffen Lampe, JFSI-Vorsitzender (2. Hälfte Wahlperiode)

Mirja Morthorst, Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen Dinklage

Christian Morthorst, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen Dinklage

Susanne Witterriede, Fraktionsvorsitzende der SPD-Dinklage

Ingo Wessels, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Dinklage

Birgit Sandmann, Stellvertretende JFSI-Vorsitzende (1. Hälfte Wahlperiode)

Ludger Burhorst, JFSI-Vorsitzender (1. Hälfte Wahlperiode)

Gemeinsamer Antrag Rathausneubau

Die Diskussion um einen Rathaus-Neubau gibt es schon seit bald 40 Jahren und sie wurde mit dem negativ beschiedenen Investorenwettbewerb in 2019 nicht beendet. Somit ist es an der Zeit, dass sich die Verwaltung diesem Thema erneut stellt und endlich einen nachhaltigen und zukunftsorientierten Vorschlag entwickelt, der die Sanierung und weitere Verwendung des Alten Rathauses mit einbezieht. Die Tatsache, dass die Verwaltung an drei Standorten (zum Teil behelfsmäßig) untergebracht ist, entspricht nicht der Vorstellung von einem modernen und bürgernahen Dienstleister, der alle Funktionen und Prozesse unter einem Dach vereint, seinen Angestellten attraktive Arbeitsbedingungen bietet und die Kommunikation mit den Bürger*innen vereinfacht.

Immer wieder werden die finanziellen Möglichkeiten der Stadt angeführt, wenn es um die Realisierung eines Rathausneubaus geht. Die CDU erkennt zwar den Handlungsbedarf, spricht sich aber weiterhin aus Kostengründen gegen einen Neubau aus. Nach 8 Millionen plus x in 2021 werden mittlerweile 20 Millionen plus x genannt, was völlig aus der Luft gegriffen ist und sich auch nicht mit der Kostensteigerung im Baugewerbe begründen lässt. Richtig ist, dass die Stadt in den letzten Jahren viele Bauprojekte auf den Weg gebracht hat, die hohe Kosten verursachen und das Budget belasten. Mit dem neuen Bauhof, der Sanierung der KvG-Sporthalle und der Kindertagesstätte in der Wiek sind jedoch schon einige dieser Vorhaben weitestgehend umgesetzt. Die Freibadsanierung, Erweiterungsbauten an den Grundschulen sowie ein dringend notwendiger weiterer Kindergarten sind in der Planung. Dennoch konnte die Stadt ihren Schuldenstand von ehemals 15 Millionen in 2009 auf € 6,33 Mio. in 2022 absenken. Zudem ist die Steuerkraft weiterhin hoch. Sie stieg zuletzt um 11% gegenüber dem Vorjahr. Will heißen, trotz aller Investitionen in Infrastrukturprojekte und Bauvorhaben, müssen und können auch andere Politikfelder in die Abwägung mit einbezogen werden. Dafür müsste man sich jedoch von einem mit dem Alten Rathaus architektonisch verträglichen Neubau in unmittelbarer Nähe verabschieden und stattdessen über ein modernes, dienstleistungsorientiertes Verwaltungsgebäude in Zentrumsnähe nachdenken, das deutlich kostengünstiger zu errichten ist.

Die Arbeitswelt hat sich durch die zunehmende Digitalisierung verändert, so dass sich auch die öffentliche Verwaltung seit geraumer Zeit in einem grundlegenden Umwandlungsprozess befindet. Dieser bezieht sich sowohl auf die interne Organisation von Prozessen und Dienstleistungen als auch auf die Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern, die ihre Anliegen zunehmend digital erledigen. D. h. es kann Platz eingespart und somit kleiner und kostengünstiger gebaut werden. Dennoch wird es erforderlich sein, gute räumliche Rahmenbedingungen, die eine effektive Verwaltungs- und Ratsarbeit ermöglichen, zu schaffen. Dazu gehört selbstverständlich auch ein ausreichend großer Sitzungssaal. Es muss aber nicht so groß gedacht werden, dass es nicht zu vertretbaren Kosten realisierbar wäre. Im Bestand sind derzeit an den drei Standorten einschließlich Keller, Flure, Toiletten, Abstellräume, etc. ca. 1.600 m², die gemessen an den Erfordernissen einer modernen Arbeitsumgebung mit Desk Sharing, Homeoffice, zunehmender Digitalisierung und Bürokratieabbau weiterhin ausreichend sind. Laut Expertenmeinung ließe sich somit ein zweigeschossiger Massivbau auf stadteigenem Grundstück zu einem Quadratmeterpreis von € 2.500 - € 3.000 errichten!

Das Kostenargument der CDU geht somit an der Realität vorbei und ist keine Antwort auf die drängende Frage nach einer zukunftsorientierten Lösung. Auch die Sanierung des Standortes Rombergstrasse ist keine Option, da sie auch mehrere Millionen kosten würde und die dort arbeitenden Verwaltungsangestellten für die Zeit des Umbaus in teuren Mietcontainern untergebracht werden müssten. Stattdessen fließt nach Fertigstellung der Verkaufserlös des Gebäudes in den Haushalt zurück und minimiert die Kosten.

Unser Antrag fordert somit endlich ein verbindliches Votum zur Rathausfrage und ein entsprechendes Konzept! Dinklage hat als viertgrößte Kommune im Landkreis mit nahezu 14.000 Einwohnern kein barrierefreies, klimaneutrales und nach zeitgemäßen Standards ausgestattetes Verwaltungsgebäude mit einem Ratssaal, der sich auch für kulturelle Veranstaltungen nutzen lässt. Stattdessen eine aufgrund der ungünstigen Rahmenbedingungen ineffizient arbeitende Verwaltung an drei zum Teil energetisch schlechten und sanierungsbedürftigen Standorten mit hohen Unterhaltungskosten.

Einen ungünstigen Zeitpunkt gibt es nicht! Packen wir es endlich an!